Frau Zemke zitierte aus der Vorlage auf Seite 11, dass in den aufgeführten Straßen der Hauptkanal teilweise bereits saniert wurde und stellte die Frage, ob der restliche Teil dann auch mit der Erneuerung der Anschlusskanäle erfolgt.

Frau Groß führte dazu aus, dass die Haltungen in geschlossener Bauweise saniert werden, wo es möglich ist. Das ist dort abgeschlossen. Tatsächlich wird nur dort saniert, wo Schäden sind, das heißt, die Liner werden nur dort eingezogen, wo Schäden bei der Zustandserfassung festgestellt wurden. Das ist unter einer teilweisen Sanierung zu verstehen. Bei diesem Verfahren geht es um die Anschlussleitungen, die vom Hauptsammler an die Grundstücksgrenze der Eigentümer führen, und nicht um die Hauptsammler in den Straßen. Diese Arbeiten werden in offener Bauweise durchgeführt. Wenn dann die Maßnahmen durchgeführt wurden, gelten diese Straßen als saniert.

Herr Schewe fragte nach: Da die Grundstückeigentümer grundsätzlich verpflichtet sind, selbst ihre kaputten Kanäle instandsetzen zu lassen, wäre es ökonomisch, diese Arbeiten mit denen im öffentlichen Raum kombinieren bzw. abstimmen zu können, unter der Voraussetzung, dass sie vorab darüber informiert würden, welche Firma die Sanierung vor Ort übernehmen wird.

Frau Groß erklärte, dass die Kanaluntersuchung immer nur bis zur Grundstücksgrenze geht, manchmal auch ein wenig darüber hinaus. Dennoch ist der organisatorische Aufwand nicht leistbar, deshalb saniert die Stadt nur ihre öffentlichen Anschlussleitungen. Natürlich erfolgt eine Information zur Maßnahme und es besteht die Möglichkeit, sich an die Baufirma zu wenden, die vor Ort tätig ist. Aber Weiteres organisiert die Stadt nicht.